

Tagesordnungspunkt 2

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Frauenstein am 09. September 2014

LKW-Durchfahrtsverbot [SPD]

Beschluss Nr. 0021

Wie kürzlich in den Medien berichtet wurde, plant die Stadt Wiesbaden ein LKW-Durchfahrtsverbot (Siehe Anhang hr-online.de und Wiesbadener Kurier). Hierzu bittet der Ortsbeirat Frauenstein den Magistrat folgende Frage zu beantworten:

Soll das LKW-Durchfahrtsverbot für das komplette Stadtgebiet gelten oder nur für die Innenstadt?

Falls es nur für die Innenstadt gelten soll, bittet der Ortsbeirat Frauenstein den Magistrat, dass das LKW-Durchfahrtsverbot auf die sowieso schon durch einen starken Durchgangsverkehr belasteten Orte, wie Frauenstein ausgeweitet wird.

Begründung:

Falls das LKW-Durchfahrtsverbot nur für die Innenstadt gilt, muss in Frauenstein mit einer erheblichen Mehrbelastung durch LKW-Verkehr gerechnet werden. Denn der LKW-Verkehr aus dem Taunus, der zum jetzigen Zeitpunkt über die Aar-(B54) und Platter Straße (B417) durch die Innenstadt auf die Autobahn gelangt, muss dann entweder über die letzte Abbiegemöglichkeit beider Straßen, der Fischzucht(B417), bzw. der Fasanerie(B54) abfließen und somit über Frauenstein oder Dotzheim die Autobahn erreichen oder die Bäderstraße(B260)nutzen. Beides bedeutet eine Mehrbelastung, dass Abfließen über die Fischzucht(B417), bzw. die Fasanerie und dann Frauenstein eine direkte, das Abfließen über die Bäderstraße eine indirekte, da bei Stau schon jetzt gerne auf die Georgenborner Straße (3441) ausgewichen wird, um so die Autobahn über Frauenstein zu erreichen. Zudem bietet Frauenstein durch seine engen und steil abknickenden Straßen kaum einen guten Durchgang, sodass sich regelmässig LKW festfahren. (Karte im Anhang)

Nachrichten Wiesbaden

16.08.2014

Fraktionen zeigen Einigkeit bei Lkw-Durchfahrtsverbot

WIESBADEN - Als längst überfällig werten CDU und Grüne das von Umweltsenator Arno Goßmann (SPD) angekündigte allgemeine Durchfahrtsverbot für Lastwagen. Doch während die Grünen ihre Bewilligung an der Landesregierung als wichtigen Grund dafür sehen, dass das Verbot zum Realisierungschancen hat, warf die Rathaus-CDU den Grünen vor, während der Jamaika-Koalition das Durchfahrtsverbot blockiert zu haben, um die Umweltzone durchzusetzen.

Laut Goßmann soll Anfang kommenden Jahres das Durchfahrtsverbot in den Luftreinhalteplan des Landes aufgenommen werden. Täglich 3800 Lastwagen werden dadurch aus der Stadt herausgehalten. Das ergibt ein jetzt vorgelegtes Gutachten. Stickstoff- und Feinstaubbelastung vermindern sich demnach teilweise erheblich. Betroffen sind Brunnmünz, die weder etwas anliefern noch ihren Firmenstandort hier haben, sondern Wiesbaden als Transit nutzen, um Autobahnautos zu sparen.

Die schwarz-grüne Landesregierung habe jetzt den Weg dafür freigemacht, lobte der verkehrspolitische Sprecher der CDU im Rathaus, Hans-Martin Kessler. „Wir hätten bereits seit vier Jahren über vier Millionen Lkw aus der Innenstadt fernhalten können, wenn das Durchfahrtsverbot anstelle der Umweltzone zuerst eingeführt worden wäre“, kritisiert der CDU-Verkehrsexperte aber die Zurückhaltung der Grünen in früherer Zeit. Das habe „mehr Entlastung gebracht, als die Umweltzone jemals erreichen wird“.

Insbesondere die CDU hatte sich im Stadtparlament immer wieder für ein solches Durchfahrtsverbot starkgemacht. Bekanntlich hatte das FDP-Verkehrsministerium im Landtag damals die von Wiesbaden geforderte gleichzeitige Einführung beider Maßnahmen blockiert. Jetzt hingegen, so Kessler, gebe es „stolisch die richtigen politischen Regierungskonstellationen in Wiesbaden und dem Land“.

„Wichtiger Schritt“

Als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ bewerten die Rathaus-Grünen das Vorhaben. „Die nun vorliegenden Ergebnisse des Gutachtens zur Wirkungsbewertung zeigen deutlich, wie sehr die Landeshauptstadt durch eine solche Maßnahme entlastet würde“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Barbara Düe. Der verkehrspolitische Sprecher, Claus-Peter Große, verspricht sich zudem direkte Auswirkungen auf die Anwohner der besonders betroffenen Hauptverkehrsachsen, die unter Lärm und Erschütterungen leiden müssten.

Dem SPD/CDU-Magistrat wirft Düe allerdings vor, die Zahlen der Verkehrszählung erst jetzt vorgelegt zu haben. „Spätestens mit Amtsantritt der neuen Landesregierung im Januar waren die Hindernisse ausgeräumt“, sagt sie. Nun müssten weitere Maßnahmen folgen, etwa die Ausweitung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen.

Lärm und Staub

12.08.2014

Wiesbaden will Lkw-Durchfahrtsverbot



Fast 4.000 Lastwagen in 12 Stunden - und alle nur auf der Durchfahrt: Von dem Lärm und dem Feinstaub hat Wiesbaden genug. Das Umweltsenat plant den Tritt auf die Bremse - und rechnet sich gute Chancen aus.

Sie wollen der Maut ausweichen oder eine Abkürzung nehmen: Auf den Hauptverkehrsachsen der Landeshauptstadt Wiesbaden sind mehr als ein Drittel aller Lkw-Fahrer mit ihren Lastwagen über 3,5 Tonnen nur auf der Durchfahrt. Das zeigt ein nun vorliegendes Gutachten, deren Verfasser eine umfangreiche Verkehrszählung vom Juni 2013 ausgewertet haben. Demnach wurden in einem Zeitraum von 12 Stunden fast 4.000 Lastwagen gezählt, die die nicht in, sondern durch die Stadt hindurch wollten.

Wiesbadens Umweltsenator Arno Goßmann (SPD) sieht in einem Lkw-Durchfahrtsverbot eine Möglichkeit, die Feinstaubbelastung um bis zu 9 Prozent zu senken. Bei der Verkehrszählung hatte sich gezeigt, dass im Vergleich zu anderen Städten in Wiesbaden der Durchgangsverkehr mit 34 Prozent aller Lkw-Fahrten vergleichsweise hoch liegt, wie der „Wiesbadener Kurier“ am Dienstag berichtete. In Darmstadt etwa beträgt er demnach 30 Prozent.

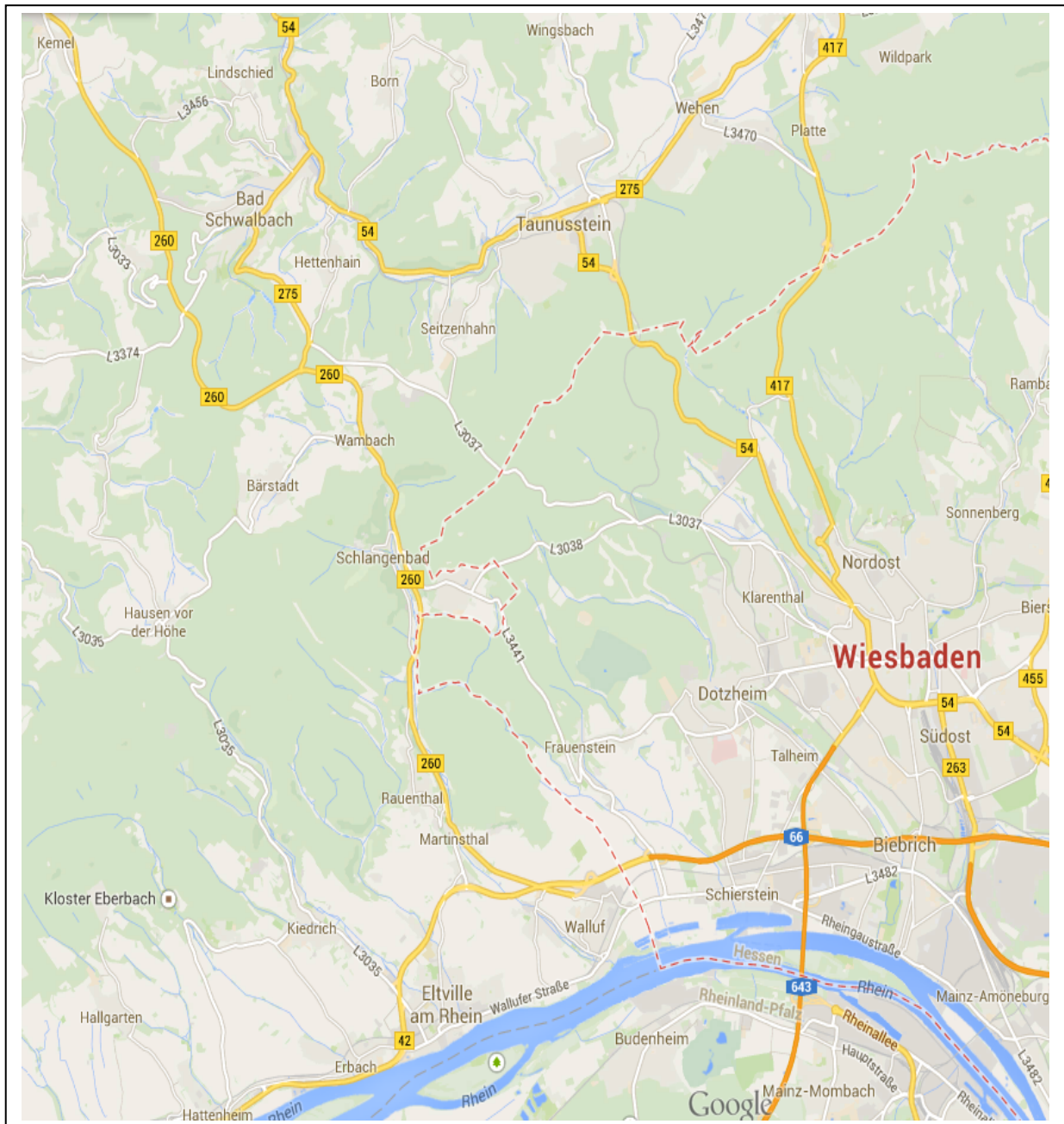
Erste länderübergreifende Umweltzone

Goßmann sieht beste Chancen dafür, dass ein Lkw-Durchfahrtsverbot in Kürze in den Luftreinhalteplan aufgenommen wird. Auch zeigte er sich zuversichtlich, dass es vom Land gebilligt wird. Die Stadtverordnetenversammlung und das Verkehrsministerium müssen noch zustimmen.

Eigentlich hatte ein Lkw-Durchfahrtsverbot nach den Wünschen der Stadt schon gleichzeitig mit der Umweltzone kommen sollen. Wiesbaden und Mainz hatten zum 1. Februar 2013 die erste länderübergreifende Umweltzone eingeführt, um die Luftverschmutzung durch Feinstaub und Stickstoff zu reduzieren.

Erstmals in Hessen waren 2005 in Frankfurt Straßen wegen Überschreitung der Feinstaub-Grenzwerte für den Lastwagenverkehr gesperrt worden. Ausgenommen wurde der Lieferverkehr. In Darmstadt gibt es ein Durchfahrtsverbot für Laster immer noch.

Mit Informationen von hr-Reporterin Silja Tietz



+

+

Verteiler:

Dez. VII / 3104 z.w.V.
1006 z.d.A.

Weber
Ortsvorsteher